

TANNENWALD REPORT



Ausgabe
Nr. 6
April
1992

INFORMATIONEN DER „AKTIONSGEMEINSCHAFT KLEINER TANNENWALD“ (AKT) FÜR DIE BÜRGER BAD HOMBURGS

Guten Tag, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

IM JUNI 1991 mußten wir erneut Alarm schlagen, weil unser Magistrat und die Mehrheitsfraktionen nicht einsehen wollten, daß die mit anfechtbaren Rechtsgrundsätzen gestützte, wohlwollende Förderung von 2 riesigen Bauvorhaben beiderseits des „Kleinen Tannenwaldes“ einen nicht wiedergutzumachenden Schaden für die Stadt Bad Homburg und ihre Bürger bedeuten würde. – Wir erinnern:

IM OSTEN DES „KT“, am Leopoldsweg, sollte statt des vorübergehend auf Eis gelegten Schloßhotels nun ein Herz-Kreislauf-Zentrum entstehen, das in seiner baulichen Dimension (auch durch ev. Zukauf des Grundbesitzes von Herrn Kredel am Leopoldsweg) die Ausmaße des Hotelbaues noch weit überschritt.

IM WESTEN DES „KT“, auf der Feuchtwiese hinter der ehem. Wäscherei Riedel, hatte die Bauverwaltung den Antragstellern „M.D.-Messe Domizil GmbH“ und „Nimbus Grundbesitz GmbH“ den Antrag auf Bau eines Konferenzhotels mangels Erschließung zunächst abgelehnt. Die Betreiber haben das Projekt daraufhin einer kosmetischen Eigenoperation unterzogen und holten, bei weitestgehend deckungsgleichem Bauumfang, 1991 ein „Sportmedizinisches Rehabilitations-Zentrum“ aus dem Zylinder. Die Erschließung soll über das inzwischen erwor-

bene Grundstück der ehem. Wäscherei Riedel erfolgen.

LESEN SIE DEN „BERICHT ZUR LAGE“! NEHMEN SIE SICH DAZU ZEIT!

Zwei Erkenntnisse:

1. Daß es auf der juristischen und politischen Schiene durchaus Chancen gibt, die Lebensqualität in den westlichen Stadtteilen zu erhalten, die Entwertung des Eigentums zu verhindern, die Umwelt, die Natur, das Klima, den Erholungswert zu schützen u. das Gartendenkmal „Kleiner Tannenwald“ zu retten.
2. Daß die „Betonriege“ in Magistrat und Koalition jedoch nach wie vor sehr stark ist.

WIR MÜSSEN WEITERKÄMPFEN! – Dank deshalb allen Bewohnern dieser Stadt, die uns bisher durch Spenden und politische Handlungen in diesem Kampf unterstützten. Eine Bitte an Sie alle, dies in verstärktem Maße auch weiterhin zu tun.

Herzliche Grüße! Frohe Ostern!

Ihre **AKTIONSGEMEINSCHAFT
KLEINER TANNENWALD**

i. A. Karl M. Eingärtner

Ernst Ulrich von Weizsäcker, in „Erdpolitik“

„Als Realist im Sinne der heutigen Ökonomie oder Politik gilt einer nur, wenn er hinreichend kurzfristig denkt und wenn er für Natur, Umwelt und Nachwelt höchstens das gesetzlich Vorgeschriebene tut. Mehr zu tun hieße ja, Kosten ohne Ertrag auf sich zu nehmen. Vielerorts gilt schon als idealistischer Spinner, wer es mit den gesetzlichen Vorschriften genau nimmt.“

(Anmerkung: Als hätte Herr v. Weizsäcker im heutigen Bad Homburg gelebt. Treffender kann man das nicht sagen.)

Mai 1991

• In der Frankfurter Rundschau vom 14.5.1991 lesen wir die erfreuliche Nachricht, daß nach Meinung des FDP-Fraktionsvorstandes Herrn Hof, „am Kleinen Tannenwald überhaupt nicht gebaut werden soll“.

• Die AKT erfährt, daß seit 13.4.1991 beim Bauamt der Bauantrag auf eine „Sportmedizinische Rehabilitations-Klinik“ westlich des „KT“, in der Feuchtwiese hinter der ehem. Wäscherei Riedel vorliegt.

Investoren: Nimbus Grundbesitz GmbH und MD Messedomizil GmbH. (Es handelt sich um die gleiche Gruppe, die bereits am 15.9.1989 dort ein Messe- und Konferenzhotel bauen wollte, später ihrem Projekt den Namen: „Kur- und Konferenz-Hotel“ gab. – Das Bauamt hat beide Versionen mangels Erschließung abgelehnt.) In Folge hat die gleiche Gruppe das gesamte Grundstück der ehem. Wäscherei Riedel erworben, um sowohl Wohnungen als auch eine Zufahrt für das Hotel zu ermöglichen, das nach einer erneuten kosmetischen Behandlung nun den Namen „REHA-Klinik“ bekam.

Baukonzeption: 108 Betten, Ambulanzen, Therapieräume für Externe, Tiefgarage mit nur 49 Einstellplätzen, Zufahrt westlich der ehem. Wäscherei Riedel, mitten durch die Wohnbebauung.

Betreiber: Oberarzt Dr. Brand vom Nord-West-Krankenhaus sowie Dr. Ehrich und Herr Gebel von der SPO-REG Medizintechnik GmbH, Offenbach.

• Die AKT alarmiert am 19.5.1991 die Fraktionen. Wie zu erwarten, weiß keiner etwas von diesem erneuten Angriff auf den „KT“

• Die AKT beantragt am 21.5.1991 beim Magistrat vorsorglich, die Baugenehmigung für die REHA-Klinik zu versagen und die Bürger am Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.

22.8.1991

hat die Bauverwaltung die Bauvoranfrage für den Bau einer „Herz-Kreislauf-Klinik“ negativ beschieden. Sie sollte anstelle des Schloßhotels mit noch größeren Ausmaßen als dieses gebaut werden. Im Vorfeld fanden Gespräche zwischen der AKT und den Betreibern statt, in denen wir klarstellten: Die Bürger sind natürlich nicht

gegen eine „Herz-Kreislauf-Klinik“. Sie sind nur dagegen, wenn diese an die falsche Stelle gebaut wird. Das Ärzteteam war einsichtiger als so mancher Parteipolitiker. Inzwischen baut man die Klinik in Frankfurt.

Herbst 1991

Die AKT spricht mehrmals mit Vertretern der Mehrheitsfraktion CDU, um die gegenseitigen Standpunkte und Chancen einer Problemlösung zu ergründen. Wir versichern dabei, daß wir „gegenwärtig“ nicht an eine Parteigründung denken, im Gegenteil. Wir glauben zuversichtlich, daß die von den Bürgern der westlichen Stadtteile mehrheitlich gewählten Stadtverordneten **nicht gegen sondern mit den Bürgern** die Rettung des „KT“ und ihres Lebensraumes bewerkstelligen könnten. Daß es zwischen der politischen Willensbildung und der Stadtverwaltung durchaus erkläre- und eingrenzende Wertungsspielräume gibt, mußten wir dabei zur Kenntnis nehmen.

Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß wir in unseren Gesprächen mit den Fraktionen der SPD und GRÜNEN Verständnis und die Bereitschaft zur Unterstützung fanden.

Sommer-Herbst 1991

• Die Investoren der REHA-Klinik starten eine Bauvoranfrage für eine Wohnanlage auf dem von ihnen inzwischen erworbenen Gelände der ehem. Wäscherei Riedel (Westseite „KT“, 15 Wohneinheiten und Tiefgarage). Da diese auch einen Zubringer zur REHA-Klinik ausweist legt die AKT dagegen Widerspruch ein.

• Mit Bescheid vom 21.11.1991 hat die Bauaufsicht die Bauvoranfrage, mit z.T. gleichlautenden Argumenten der AKT, negativ beschieden.

Dezember 1991

• Reaktionsschnelle Modifizierung der Bauvoranfrage a. durch Teilung des Wohnblocks in zwei Häuser und b. Verlegung des REHA-Klinik-Zubringers, 6 Meter Straßenbreite, **unmittelbar neben den Kleinen Tannenwaldweg**, ein absoluter „Hammer“!!

• Formierung der „Anliegergruppe Mehrfamilienhaus Mariannenweg“ gegen das neue Projekt. Protest vor allem gegen die außergewöhnliche Überdimensionierung der geplanten Wohnblocks, (auch nach §34 des

BauGB). Die Bürger protestieren **nicht** gegen den Bau von Wohnungen!

7.2.1992

CDU-Fraktionsvorsitzender Franz Kaunzner zur REHA-Klinik vor der Presse: „Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, diese Vorstellungen nicht zum Zuge kommen zu lassen.“ Ferner, daß die CDU-Fraktion „in einer REHA-Klinik keine Notwendigkeit für Bad Homburg sieht.“

Die AKT will in dieser positiven Erklärung vorrangig den Durchbruch zu einer besseren Einsicht sehen.

10. und 11.2.1992

AKT erfährt in persönlicher Kontaktaufnahme mit den in der Bauvoranfrage als Betreiber der „Sportmedizinischen Rehabilitationsklinik“ aufgeführten Herren Dr. Ehrich und Oberarzt Dr. Brand, daß diese zwar eine frühere Kontaktaufnahme nicht leugnen, jedoch z.Zt. weder ein Konzept noch eine vertragliche Vereinbarung für das Betreiben einer solchen Klinik mit den Investoren abgeschlossen haben. Die Nennung ihrer Namen in den Baudokumenten sehen sie als „Mißbrauch“ an. Die AKT informiert die Fraktionen und die Presse.

27.2.1992

Die Fraktion der GRÜNEN reagiert sofort und bringt in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag: „Die Stadt.Vo.Vers. spricht sich gegen eine Bebauung beiderseits des Verbindungsweges zwischen Mariannenweg und Leopoldsweg im und am „KT“ aus. Hiervon ausgenommen soll lediglich eine mögliche Wohnbebauung auf dem Grundstück der ehem. Wäscherei Riedel sein.“ Sie wurden in ihrem Antrag von der Fraktion der SPD positiv unterstützt.

Die Fraktionen der CDU und FDP haben diesen Antrag abgelehnt, obwohl sie Gelegenheit gehabt hätten, ihren Worten, nun auch Taten folgen zu lassen und den Verdacht auf Wahlmanöver zu zerstreuen. So begründet man alles mit formaljuristischen Argumenten: Der Antrag gäbe keinen Sinn, er sei nur eine unverbindliche Meinungsäußerung und könne dem Magistrat keine verbindliche Auflagen erteilen, schließlich sei dies alles nur „Wählertäuschung“.

Was die AKT als Minimum erwartet hätte, wäre die von Herrn Korwisi angesprochene „Willenserklärung“, daß

am „KT“ überhaupt nicht gebaut werden dürfe und einen Vorschlag, wie man „die Kuh vom Eis“ bekäme.

Wie geht es weiter?

Die von Herrn Stadtrat Gerhold sowohl im Parlament als auch im persönlichen Gespräch mit der AKT bestätigten Aktionen geben im wesentlichen eine Antwort auf diese Frage. Nachfolgend die einzelnen Stationen:

1. Zunächst in Sachen **Schloßhotel**. Hier läuft beim Verwaltungsgericht in Frankfurt eine Klage der Investoren gegen den Bescheid des RP, die Baugenehmigung zu versagen. Der Magistrat will die Entscheidung abwarten. Die AKT wehrt sich auch in diesem Verfahren weiterhin gegen das Bauprojekt.
2. Die gesamte Bauakte **REHA-Klinik** ist beim Regierungspräsidenten. Der soll entscheiden, ob dies überhaupt eine Klinik ist. Wenn er nein sagt, festigt dies die Haltung des Magistrats. Und wenn er ja sagt, widerspricht der Bauantrag dennoch eindeutig dem B-Plan Nr. 27 und ist nicht genehmigungsfähig.
3. Im Magistrat besteht die Absicht, gegebenenfalls eine Vorlage auszuarbeiten in der er der Stadtverordnetenversammlung vorschlägt, den B-Plan Nr. 27 zunächst im Teilbereich Feuchtwiese westlich des Kleinen Tannenwaldweges aufzuheben. – In seiner Verantwortung für das Gesamtwohl, will er dabei bezüglich möglicher Schadenersatzansprüche die „billigste“ Lösung für die Stadt herausarbeiten.
4. Der Magistrat ist gewillt, damit eine **politische Entscheidung** herbeizuführen, weil nur die Stadtverordneten einen B-Plan beschließen und wieder aufheben können. Zeitziel: Mai 1992, spätestens vor Beginn der Sommerpause.

Die AKT hofft, daß dies keine Verzögerungstaktik ist, sondern mit Nachdruck verwirklicht wird. Kein Politiker kann sich dann mehr auf irgendwelche formalen Dinge herausreden und dem anderen „Wählertäuschung“ vorwerfen. Nach dieser angestrebten „politischen Entscheidung“ werden die Bürger Bad Homburgs wissen, ob das gesamte Parlament zur kommunalpolitischen nützlichsten Entscheidung fähig ist, oder wer wen angesichts der Wahlen „betrügen“ will.

DIE AKT STELLT KLAR: Wir erwarten in Sachen „Kleiner Tannenwald“ bei keiner Fraktion „Umfaller“, „Wahlkampf-Taktiker“ oder „Wählertäuschung“. Wir fordern „**ÜBERZEUGUNGSTÄTER**“, die in der Verantwortung für das Wohl der Stadt sowie ihrer Bürger entscheiden und handeln.

Die AKT hat beschlossen, jegliche politische Rettungsaktion wohlwollend zu begleiten, gleichzeitig jedoch alle Voraussetzungen zu schaffen, den „KT“ und ihren Lebensraum auch gegen eine mögliche „**Betonriege**“ in Magistrat und Parlament vor den zuständigen Gerichten durchzufechten.

Diese Aussage verbinden wir mit dem **erneuten Aufruf an alle Bürger, uns durch Spenden auf unser Giro-Kto. Nr. 1000136, Taunus-Sparkasse**, Inhaber AKT Karl M. Eingärtner, die Mittel zur Verfügung stellen, die wir für diesen Kampf brauchen. Diese Mittel werden streng zweckgebunden verwendet und unterliegen halbjährlichen Kassenprüfungen durch Herrn Dr. Joeckel. (Für die 2. Hälfte 1991 wurde gerade Entlastung erteilt).

Wasser-Notstand

BUND Kreismitglieder- versammlung am 18. 2. 1992, Herr König

„Es läuft nichts mehr“ ... „Für unsere Wasserversorgung wurde das hessische Ried fast leergepumpt, im Vogelsberg wehren sich Naturschützer und Bürger gegen den Ausverkauf ihres Wassers. Durch Bachbegradigungen und Herrichtung der Landschaft nach den Erfordernissen der Menschen wird das Oberflächenwasser nicht gehalten und kann nicht versickern, um das Grundwasser aufzufüllen. Die immer größer werdende versiegelte Fläche trägt ebenso zur Störung des Wasserkreislaufes bei ... Warum mußte es so weit kommen?“

Landrat Jürgen Banzer schlägt Alarm!

Wir zitieren aus der „Taunus Zeitung“ vom 30. 1. 1992:

„Wassernotstand: Sitzen wir bald auf dem Trockenen? ... Bei Sparapellen will es Banzer diesmal nicht belassen.

Der Chef der Kreisverwaltung will durchsetzen, daß im Hochtaunus keine neue Baugebiete mehr ausgewiesen werden! ... Wasserexperten machen den zunehmenden Verbrauch unserer Landschaft mitverantwortlich für die Misere ... In Bad Homburg sind die Bäche ... von Jahr zu Jahr trockener geworden ... Der Landrat hat weitere Vorschläge, um den Wassernotstand zu lösen: Nutzung des Regenwassers ... Freihaltung oder Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten und Feuchtbiotopen, Entsiegelung bereits versiegelter Flächen ...“

Anmerkung: Alle Argumente der AKT erfüllen die Forderungen des Landrates!!

Wie baue ich recht mit Baurecht?

Eine schwierige Frage. Seitdem wir wissen, daß auch Baurecht mit Auslegungs- und Ermessens-Spielräumen ausgestattet ist, sind wir etwas vorsichtiger geworden bei der Wertung von „Rechtsgrundsätzen“. Hier nun eine kurze Stellungnahme zu dem meist verwendeten Vorwurf der „Anti-AKT-Riege“ in Magistrat und Parlament: „**Mißachtung des Rechts**“.

1. Natürlich denken wir nicht daran, geltendes Baurecht in Frage zu stellen. Ohne Rechtsgrundsätze läßt sich unsere Gesellschaftsordnung nicht aufrecht erhalten. Daß es gibt, davon profitieren alle Bürger.
2. Dies schließt nicht aus, daß der B-Plan Nr. 27 für die Bebauung beiderseits des „KT“, durch aus heutiger Sicht erkennbare Fehleinschätzungen oder Fehlverhalten der ihn 1975 genehmigenden Stadtverordnetenversammlung, sich heute als rechtlich anfechtbar erweist.
3. In gleichem Maße schließt dies auch nicht aus, daß sich sowohl die Investoren als auch die Betreiber von Großprojekten im B-Plan Nr. 27-Bereich folgenden Fakten stellen müssen:
 - 3.1. Gutachterlich abgelehnte Rechtskraft des B-Planes und laufende Normenkontrollklage der AKT beim Verwaltungsgericht in Kassel.
 - 3.2. Rechtlich anfechtbare, teilweise von der Baubehörde gestützte, sachwidrige Auslegung des B-Planes Nr. 27.

- 3.3. Mangelhafte Umweltverträglichkeit, fehlender Denkmalschutz und gravierende Schädigung des Lebensraumes tausender Bürger nach gültiger Rechtssprechung.
- 3.4. Der Verantwortung unserer Kommune, Bauprojekte in den geplanten Dimensionen, im Rahmen unserer sozialen Marktwirtschaft, auch unter den Aspekten ihrer Notwendigkeit sowie ihres Nutzens oder Schadens für die gesamte Stadt und ihre Bürger zu werten.
4. Die AKT ist weit davon entfernt, den Satzungsgebern von 1975 eine Schuld zuzuweisen, (s. Pkt. 2.). Die AKT lehnt jedoch ebenso die polemische Schuldzuweisung an jene Bürger ab, die 1975 nicht protestiert haben. Beide Gruppen haben 1975 unter völlig anderen Voraussetzungen nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Wie heißt es doch so schön? „Irren ist menschlich, erst im Irrtum beharren verwerflich.“
5. Die AKT ignoriert keineswegs die mögliche Notwendigkeit eines angemessenen Schadensausgleiches für Investoren, wo dies rechtlich zu vertreten ist. Sie sieht dessen Begrenzung jedoch da, wo es darum geht, daß die Kommune das finanzielle Risiko einer Fehlspekulation übernehmen soll.
Wer von der „Anti-AKT-Riege“ von millionenschwerem Schadensausgleich redet, ohne die rechtliche und sachliche Prüfung zu berücksichtigen, sagt bewußt die Unwahrheit, um Entscheider und Bürger zu verängstigen. Die aktuelle juristische Prüfung ermittelt z. Zt. eine verhältnismäßig kleine Summe sowie Chancen, für alle Beteiligten vertretbare Kompromisse auszuhandeln.

SCHLUSSFOLGERUNG: Mögliche Aufwendungen für einen rechtlich begründbaren Schadensausgleich an Bauspekulanten, steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die unverantwortliche Errichtung von zwei Betonriesen mit allen negativen Folgen für die Bürger Bad Homburgs anrichtet und selbstverständlich auch kosten würde.

Michael Korwisi (DIE GRÜNEN) sagte am 27. 2. 1992 im Parlament:

„Wenn wir uns da hineinmanöviert haben, müssen wir auch bereit sein zu zahlen.“

In Sachen REHA-Klinik z. B. würden, wenn überhaupt, Beträge auf den Magistrat zukommen, die nur einen Bruchteil der Flops ausmachten, die er sich in jüngster Vergangenheit geleistet hat.

Günther Scherf (FRANKFURTER RUND-SCHAU) kommentiert am 12.6.90 im Zusammenhang mit dem Streit um das „Schloßhotel“ treffend:

„Den Schutz des naturnahen Wäldchens und seines verlandenden Weihers haben Politiker aller Couleur versäumt, als sie von 1975 bis 1982 an dem Bebauungsplan herumbastelten, der ein Kurhotel am Waldesrand ausdrücklich ermöglichen sollte.“ ... „Andererseits rechtfertigen die Sünden der Vergangenheit keinen weiteren Freifall. ... Der sauberste Ausweg aus dem Dilemma wäre es wohl, wenn die Stadt den Tannenwald zurückkauft, den Planungsschaden ... ersetzt und das Biotop einer fachkundigen Pfleger überantworten würde.“

Mißtrauenbildende Entscheidungen und Wertmaßstäbe unserer Stadtverwaltung

Die AKT, und mit ihr wohl die meisten Bürger dieser Stadt, verfolgen die Aussagen des Magistrates und die Versicherungen der Politiker in den Mehrheitsfraktionen mit immer größerer Zurückhaltung und Skepsis. Dies hat vorrangig 3 Gründe:

1. Ist die Glaubwürdigkeit einer Aussage alleine daran zu messen, inwieweit den **Worten auch überzeugende Taten folgen**. Bezüglich der AKT ist dies offensichtlich nicht so.

Beispiele:

- Im November 1989 wurde auf Antrag der SPD ein Akteneinsichts-Ausschuß „Kleiner Tannenwald“ gebildet, um die Geheimdiplomatie in Sachen Schloßhotel zu durchbrechen und der Hess. Gemeinde-Ordnung zu genügen, die bei solchen Projekten dem Magistrat eine Bringeschuld zuweist. Bis heute liegt kein Abschlußbericht vor und bei dem Nachfolgeprojekt „Herz-Kreislauf-Klinik“ sowie bei der REHA-Klinik mußte die AKT (!) den Ausschuß informieren.

- CDU Presseerklärung am 7. 2. 1992, alles zu tun, um eine Bebauung am „KT“ zu verhindern und Ablehnung eines GRÜNEN-

Antrags, der am 27. 2. 1992 in voller Unterstützung dieser Aussage verbindliche Fakten schaffen wollte.

2. Hat sich die Stadtverwaltung in jüngster Vergangenheit eine Fülle von Flops und unverständlichen Entscheidungen geleistet. Da muß Vertrauen in Mißtrauen umschlagen, wenn man sieht, wie großzügig und unklug Steuergelder in Kanäle fließen, deren Nutzen für die Stadt äußerst fragwürdig scheint.

Beispiele:

- DM 350 000,- 1987 für eine Gutachten „Promenaden-Beruhigung“, das sang- und klanglos in der Schublade verschwand, weil es einigen maßgebenden Leuten nicht paßte.
- DM 600 000,- verlorener „RP-Zuschuß“ wegen Schlamperei in der Verwaltung.
- DM 180 000,- für „Kurpark-Pflegewerk“, dem selbst Baurat Weber „sehr viel Lyrik, aber weniger Substanz“ bescheinigte.
- DM 400 000,- in der Wallstraße zweckentfremdeter Zuschuß der Stadt für „Wohnraumbeschaffung“, aus der durch fehlerhafte verwaltungsmäßige Bearbeitung dann doch noch Gewerberäume wurden. – Was wiederum einen bedenklichen Trend beweist: Bauprojekte mit Gewerberäumen bevorzugt zu fördern, ohne dabei dringend benötigten Wohnraum für die darin arbeitenden Normalbürger auszuwählen zu fördern.
- DM 150 000,- für ein Gutachten Stadtmarketing, das ohne Umsetzung in der Schublade verschwand und das ein Studententeam auf der Basis der Checklisten aus einschlägiger Fachliteratur für 1/5 der Kosten abgegeben hätte.
- DM 280 000,- also nach 1 1/2 Jahren, wieder eine Marketing-Studie in Auftrag gegeben, die die Entwicklung von Bad Homburgs Innenstadt für die kommenden Jahre abschätzen soll. – Wir fragen uns dabei, wie bürgerfern unkundig und großzügig wirtschaftend muß eine Verwaltung sein, die innerhalb zweier Jahre DM 430 000,- ausgibt, um festzustellen, was dieser Stadt nützt, was die Bürger denken und was sie wollen!
- Etliche 100 000,- DM 1991 die „Tempo-30-Studie“, die nach den letzten Beschlüssen auch wieder in der Schublade gelandet ist.

Schließlich haben wir's ja. – Nur für die Rettung des „KT“ und der west-

lichen Wohngebiete wollen wir keinen Pfennig übrig haben. Das begreife, wer will, wir nicht.

3. Offenbaren die meisten Verantwortungsträger in dieser Stadt ein gestörtes Verhältnis zu Bäumen, Natur u. Umweltschutz.

Beispiele:

- Als der Stadt vor einigen Jahren für verhältnismäßig wenig Geld, das gesamte Areal des Kleinen Tannenwaldes vom Besitzer angeboten wurde, lehnte die Stadt dies mit der Begründung ab, daß es ihr zu teuer sei.

- Herr Oberbürgermeister W. Assmann am 12. 10. 1989 im Parlament: „Ein Hotel mit Garten ist für den Kleinen Tannenwald eine Qualitätsverbesserung“ – !!??

- Brutale Baumfällaktionen im Stadtgebiet, die Frau Fleige SPD unter das Motto stellte: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten“. Stichworte: Weiden am Seedammbad – Buchen und Erlen am Erlenbach – Linde, Walnußbaum, Weißdornbaum und Tanne bei Rodung im Innenhof am Hessenring.

Geradezu zynisch finden wir in diesem Zusammenhang den Vorwurf von **Stadtkämmerer Lohwasser** an die GRÜNEN, sie verbreiteten eine regelrechte „Baum-Hysterie“ unter der Bevölkerung. „Die Leute werden dadurch sensibilisiert und klagen über jeden Baum, der weichen muß. Dabei ist früher genauso viel abgeholzt worden wie heute.“ (Machen Sie sich mal den Spaß und besuchen Sie Herrn Lohwasser in Wettengel bei Giessen, wo er in einem schönen Haus am Waldrand, umgeben von prächtigen Bäumen wohnt. Sie treffen einen netten Mann in herrlicher Natur. Sie fragen sich, warum er als Stadtkämmerer den Baum-Vandalismus fördert und fragen dann nicht mehr warum er nicht umzieht.)

Bei solch himmelweiten Abstand von den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen über Baum- und Waldsterben sowie der Notwendigkeit, zum Schutze unseres Lebensraumes um jeden einzelnen Baum zu kämpfen, ausgerechnet bei dem Manne, dem das Grünamt untersteht, wundert uns auch am „KT“ garnichts mehr.

Gott sei Dank, sind die Bürger für diese existenziellen Dinge „sensibilisiert“, Gott sei Dank, haben sie aufgehört, die Bäume rücksichtslos zu fällen. Nur bei unserem unsensiblen Stadtkämmerer Lohwasser ist dieser Zug der Zeit noch nicht angekommen

und er will alle Bürger, die sich für die Erhaltung der viel gepriesenen „Champagnerluft“ in ihrer Stadt einsetzen als lästige Panikmacher in die Ecke stellen.

Wenn Sie das alles bedenken, werden Sie verstehen, daß die AKT in großer Sorge ist, ob es gelingt, außerhalb des Rechtsweges und der Anrufung übergeordneter Behörden, bei den Verantwortungsträgern in Bad Homburg v.d.H. jene Menschen zu finden, die ihnen helfen könnten, den Riegel der uneinsichtigen „Betonköpfe“ und „Landschaftsverseigler“ zum Wohle der Stadt aufzubrechen.

Bleiben wir also mißtrauisch und hellwach, lassen wir nichts unversucht, um größeren Schaden von unserer Heimatstadt abzuwenden!

„Bis Sie mich dann nicht mehr wählen, muß ich Paragraphen quälen!“

Ein offenes Wort an die „Tieftaucher“ des CDU-Ortsverbandes „Gartenfeld-Berliner-Siedlung“.

Als die Planokratie die Not der Bürger in den westlichen Stadtteilen ignorierte, fanden wir dies mit Recht skandalös. Wenn sie sich in der Folge gerichtlichen und verwaltungsrechtlichen Argumenten gegenüber öffneten, müssen wir sie ob der besseren Einsicht in Teilen loben. Wenn sie bei ihrer Reaktion auf „KT“ Probleme dem Prinzip einer möglichst hohen Schadensbegrenzung folgt, haben wir dafür sogar Verständnis.

Was uns langsam die Sprache verschlägt: ausgerechnet die von den Bürgern in den westlichen Stadtteilen mehrheitlich gewählten Stadtverordneten der CDU und FDP bilden den Kern der Opposition gegen ihre eigenen Wähler und deren Beschimpfung.

Letzter Tiefpunkt war dann auch, als in der Stadt.Vo.Vers. vom 27.2.1992 der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes, Herr Axel Güldenpenning, die Ablehnung eines Antrags der „GRÜNEN“ begründete, in dem eine „Absage an jegliche Bebauung beiderseits des „KT“ gefordert wurde.

Wir wollen an dieser Stelle die Berechtigung formaljuristischer Einwände dahingestellt sein lassen. Das alles mit Wählertäuschung abzutun ist schon eiskalt und nicht ganz nachzuvollziehen, wenn man dazu die öffentliche Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Kaunzner vom

Aus der Autobiographie:

„Mein zwanzigstes Jahrhundert“

von Ludwig Marcuse, (1894-1971, Schriftsteller und Philosoph, nach dem 1. Weltkrieg Feuilletonredakteur der FAZ)

„Wir wohnten in Homburg, Saalburgstraße ... Auch der Großstädter wohnt nie in einer Stadt, sondern in irgendeinem Dörfchen innerhalb von London, Paris und Berlin; unser kleiner Flecken außerhalb Homburgs war noch kleiner. Er lag zwischen der Grenze des verblühten Badeorts und dem Örtchen Dornholzhausen, von dem es zur Saalburg hinaufgeht. – Die Dorf-Bewohner in der Saalburgstraße gehörten zum innersten Kreis; später noch alle rund um den Förster Müller, in dessen **Kleinem Tannenwald** wir wohnten – einem verwunschenen Park mit einem krötenreichen Tümpel, an dem schon Generationen von Liebespaaren in Verschwiegenheit genistet hatten; selbst die Homburger wußten nichts von der Existenz dieses unheiligen Hains, der zum Krongut gehörte. Wir wohnten in einem rohen Backsteinbau, den einst dichtes Efeugespinnst gnädig verhüllte, ... Viele, die wir einluden, kamen nie; sie behaupteten, der **Kleine Tannenwald** existiere nur in unserer Phantasie.“

Soweit der schriftstellernde Philosoph. Möge jeder sich beim Lesen seinen Teil denken. Für die AKT bestätigt Marcuse auf seine Weise die Erbsünde der Krongutsverwalter und der Stadt, diesen Kleinen Tannenwald achtlos Privathänden zu übergeben und damit zum Objekt für Bauspekulanten verkommen zu lassen. – Wie sagte doch schon J.W. Goethe? „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“ –

Die Bürger denken, daß wir gerade jetzt eine reelle Chance haben, diese „Sünde“ am Erbe des „KT“ wiedergutzumachen.

7.2.1992 heranzieht, nach der die „CDU alle Möglichkeiten wahrnehmen wird, eine Bebauung am Kleinen Tannenwald zu verhindern.“

Wir fragen uns: wer täuscht hier wen?

– Wir fragen uns: wo haben in den grauen Zellen des Herrn Gildenpenning auch nur Spuren von jenen sozialen, humanen und bürgernahen Versprechungen des CDU-Ortsverbandes ihren Platz, mit denen man die Wähler in den westlichen Stadtteilen 1989 mehrheitlich gewinnen konnte?

Wir zitieren: „Sicherung der hohen Wohnqualität und Förderung der verschiedenartigen Wohnstruktur ... Generelle Vermeidung einer weiteren Verdichtung der Bebauung in den Wohngebieten ebenso wie in den Ortskernen ... Ausgewogenheit von Grün und bebauten Flächen ... sorgfältige Überwachung der Brunnen, Quellen und Gewässer ... Renaturierung der Bachläufe ... Pflege der Wälder ... Förderung des Naturschutzes und der Erholungsgebiete ... Sicherung der Wassergewinnungsgebiete, Schutz der guten Ökostruktur“ und, und, und

... Diese Botschaften hörten wir wohl, allein jetzt fehlt uns dazu der Glaube!

Angesichts des totalen „Abtauchens“ nachfolgend die Namen derjenigen, von denen wir erwarteten, daß sie sich, Schulter an Schulter mit uns dafür einsetzten, den Bauskandal am „KT“ zu verhindern: Die Damen Elisabeth Ratte, Marianne Roth-Profenius, Beate von Waldthausen sowie die Herren Prof. Dr. Mickel, Axel Gildenpenning und Karl-Heinz Kromer-von Baerle.

Für die Wähler bleibt es nach wie vor rätselhaft, warum Sie sich nicht mit der gleichen Leidenschaft für deren sachlich und juristisch fundierten Nöte einsetzen, wie Sie dies für einige wenige Grundstücks- und Bauspekulanten tun.

Wundern Sie sich nicht, wenn aus solchen Enttäuschungen der Wille zur Bildung einer 5. KRAFT in unserem Stadtparlament entsteht, die dazu beiträgt, daß vorrangig positive Kommunal- und nicht Partei-Politik gemacht wird.

Ihre Wähler stehen fassungslos vor der Tatsache, daß ihr Ortsverband noch im Jahre 1992 die nachfolgenden Worte und Handlungen überhaupt nicht in seinem Repertoire hat: Umweltverträglichkeit, Denkmalschutz, Klimaschutz, Schutz von Feuchtwiesen, Biotopen und Wald, Rekultivie-

rung der Tannenwald-Achse vom Schloß bis zum „Großen Tannenwald“ am Gotischen Haus, Wiederherstellung von Bachläufen, Verkehrsberuhigung, Verhindern von Wassernotstand durch Absage an 2 Wassergroßverbraucher am „KT“, schließlich Rettung des historischen Kleinods „Kleiner Tannenwald“.

Darüber sind die Bürger enttäuscht und wir rufen Ihnen zu: Tauchen Sie auf! Marschieren Sie mit uns und schießen Sie nicht fortwährend „unter Wasser“ gegen uns! – Verwirklichen Sie das, was Frau Stadtverordneten-vorsteherin Maria Scholz anläßlich der Festveranstaltung „100 Jahre Stadtverordneten-Versammlung“ am 3.10.1991 sehr richtig sagte: „Immer aber haben die gewählten Vertreter der Bürger die letzte Verantwortung zu tragen. Oberster Grundsatz muß für sie sein, das Gesamtwohl ihrer Stadt im Auge zu halten und über das Interesse einzelner zu stellen.“

Warum zitiert die AKT Friedrich Hölderlin?

1. **sind die Worte** des gerade von Bad Homburg hochverehrten Dichters für unsere Problemwelt **so unerhört aktuell wie nie.** Wir bitten deshalb, den verehrungswürdigen Hölderlin nicht nur als Motiv für Preisverleihungen und schöne Reden bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu gebrauchen, sondern seine mit heißem Poeten-Herzen formulierenden Worte gerade **in unserer Stadt mal in die Tat umzusetzen.**
2. **hoffen wir,** daß wir, als „unfair“ und „rüpelhaft“ markierte Bürger, mittels der gesitteten, untadeligen Worte Hölderlins salonfähiger werden und mit unseren Argumenten zu den einseitig blockierten Denkapparaten der „Tannenwald-Vernichter“ vielleicht etwas besser durchdringen können.
3. **geben wir diese Hoffnung nie auf,** zumal selbst der Dackel unseres Oberbürgermeisters nach Hölderlins schönster Schöpfung: „HYPERION“ gerufen und er selbst sich sicher nicht gegen die **Einweihung einer „Hölderlin-Tanne“ im „KT“ sträuben wird.**

**Aus den Lebenserinnerungen:
„Sie schrieben mir“ von Frau
Brigitte B. Fischer**

„Hölderlin kann uns in der immer bedrohlicher und sich selbst zerstörenden Welt ein Wegweiser sein. –

..., ist der technisch-industriellen Entwicklungsgesellschaft schon dadurch eine Grenze gesetzt, daß die Verunreinigung von Luft und Wasser, die Zerstörung des natürlichen Gleichgewichts, das Überleben der Menschen in Frage stellt.

Das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt wird bedrohlich zerstört. Was kann da abhelfen – wenn nicht Hölderlins „neue“ Religion, die Religion der Natur, der Kult der Elemente, Licht, Luft, Erde, Wasser? In diesem Licht gesehen klingt Hölderlins Definition des „Vaterlandes“ erstaunlich modern ... Ihm ist das Vaterland ein, wie wir heute sagen würden, ökologisch-soziologischer Begriff: Natur und Menschen, sofern sie in einer besonderen Wechselwirkung stehen.

Und nun Hölderlin wörtlich zitiert: „O, gebt euch der Natur, eh sie euch nimmt.“ ... „Aber Du wirst richten, heilige Natur! ... ist es nicht göttlich, was ihr höhnt uns seelosen? Ist besser denn euer Geschwätz, die Luft nicht, die ihr trinkt? der Sonne Strahlen, sind sie edler nicht, denn all ihr Klugen? der Erde Quellen und der Morgenthau erfrischen euren Hain: könnt ihr auch das? ach! töten könnt ihr, aber nicht lebendig machen, wenn es die Liebe nicht tut ... ihr sorgt und sinnt, dem Schicksal zu entlaufen und begreift es nicht ...“

Noch ein anderes Zitat Hölderlins aus dem „HYPERION“:

„Deine Deutschen aber bleiben gerne beim Notwendigsten, und darum ist bei ihnen auch so viele Stümperarbeit und so wenig Freies, Echterfreuliches.“

Offener Brief an den wiedergewählten Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe Herrn Wolfgang R. Assmann.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die in der „AKT“ vereinigten Bürger der westlichen Stadtteile gratulieren Ihnen auf diesem Wege zu Ihrer Wiederwahl. Eine 3. Amtsperiode ist nicht selbstverständlich. Sie kann nur das Ergebnis einer insgesamt positiven Wertung Ihrer Tätigkeit sein. Wir hoffen, daß Sie sich darüber freuen und bestens motiviert Ihre Arbeit fortsetzen können.

Wir hoffen deshalb auch, mit unseren hier vorgebrachten Anliegen, auf einen Oberbürgermeister zu treffen, der nach diesem parlamentarischen Vertrauensbeweis, selbstbewußt und gelassen jene Fähigkeit kultivieren kann, die ihm den Weg zu den Sorgen seiner Bürger etwas leichter finden läßt als bisher. Auf eine solch positive Empfangsatmosphäre vertrauend, hoffen wir, Sie Ihnen, für unsere Bitten und Wünsche heute ein offenes Ohr zu finden.

1. **Bitten wir Sie**, unter Berufung auf einen Jahrtausende alten Brauch, den fast alle Fürsten bei Wahlen und Familientesten pflegten, uns zu amnestieren. Wir bitten um Amnestie von Ihrem persönlichen Vorwurf, „egozentrische Querulanten, unfaire, unter die Gürtellinie schlagende Rüpel“ zu sein. (November 1989). Wir haben inzwischen so viele Entlastungszeugen in der Justiz und Verwaltung, in der Naturwissenschaft und Gesellschaft, daß wir glauben, um die Befreiung von diesem Bannfluch mit Erfolg bitten zu können.
2. **Entlasten Sie uns bitte** von dem Vorwurf des „St.-Florian-Prinzips“, („Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!“), weil sich in den 30 Monaten unseres Bestehens auch nicht der kleinste Ansatz gezeigt hat, nach dem wir irgendwelchen anderen Bürgern oder Stadtteilen ein Schloßhotel, eine Herzklinik, ein Konferenzhotel oder eine REHA-Klinik unterschieben wollen.
3. **Wir bitten um ihr wohlwollendes Verständnis**, daß angesichts des Skandals im Kleinen Tannenwald nicht die Bürger im Rotlauf- oder Hardtwaldgebiet zuerst Alarm geschlagen haben, sondern wir, die wir direkt an der Brandstelle wohnen. Wir hoffen hier auf Strafmilderung, weil sich inzwischen erwiesen hat, daß wir nicht nur für „Eigeninteressen“, sondern auch für die Rettung unwiederbringlicher Werte und Besitztümer unserer Stadt kämpfen.
4. **Wir bitten Sie**, uns auch von dem Makel der „Privilegierten“ zu befreien, denn die sind wir wahrhaftig nicht. (Das sehen Sie schon daran, wie man uns behandelt!) In den westlichen Stadtteilen wohnen in der Mehrzahl Rentner, Pensionäre, Angestellte, Facharbeiter, Anwälte, Ärzte und Witwen, die mit der AKT auch ihre Lebensarbeit verteidigen, die in einem Haus ihren Lohn fand. Sie wissen sicher selbst sehr gut, wo Sie die „Privilegierten“ dieser Stadt finden können. Hier im Westen sicher nur ganz selten.
5. In der „Taunus Zeitung“ bezeichnete man Sie als „feinsinnigen Ästheten“. Unsere Bitte: in der 3. Amtsperiode hier und da auch mal etwas „grob-sinnigere Ästhetik“ zu praktizieren wo es gilt, auch in harten Problemfällen für die Sorgen und Nöte Ihrer Bürger da zu sein. Daß es Ihnen in Ihrer feinästhetischen Art etwas schwer fällt, uns in der AKT zu verstehen, zumal wir eine Ihrer Lieblingsbeschäftigungen, die Einweihung neuer Hotels bisher unterbunden haben, können wir nachempfinden. Wir bitten Sie, aber auch in unserem Falle an einen Ihrer Lieblingspoeten, Theodor Fontane, zu denken, der im Zusammenhang mit Ihrer Wiederwahl im „Bad Homburger Report“ 3/92 wie folgt zitiert wurde:
„Die Welt die Fremde lohnt mit Kränkung was sich umwerbend ihr gesellt; das Haus, die Heimat, die Beschränkung, die sind das Glück und sind die Welt.“
So etwa denken auch wir Bürger der AKT über unseren persönlichen Lebenskreis. Wir bitten Sie deshalb, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, abschließend um Ihre Nachsicht und Ihr Verständnis, daß wir uns gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes und unseres Glückes wehren, daß wir für die Erhaltung unserer Häuser und unserer Heimat kämpfen, weil wir sie lieben.

Wir bedanken uns im voraus für jede Bitte, die Sie uns erfüllen und verbleiben, mit allen guten Wünschen hoffend und freundlichen Grüßen

Ihre „Aktionsgemeinschaft Kleiner Tannenwald“

MARIANNENWEG – eine erzwungene Bürgerinitiative

Wie immer, wenn die Bürger von ihrem Magistrat und ihren gewählten Vertretern in die Enge getrieben werden, müssen sie sich zur Durchsetzung ihrer Rechte vereinigen. So entstand auch die „Bürgerinitiative Mariannenweg“ mit den Herrn Dunkel, Brenken und Dr. Kaiser als Sprecher. Was ist geschehen?

Der Mariannenweg zwischen Mittelstedter Weg und Ernst-Moritz-Arndt-Straße ist seit 40 Jahren eine Einbahnstraße, verkehrsberuhigt und unfallfrei. Das kann die Stadtplanung nicht dulden und hat beschlossen, daraus eine Fahrbahn mit Gegenverkehr, selbstverständlich verkehrsbe-unruhigt und unfallträchtig zu machen.

200 betroffene Anwohner wehren sich dagegen. Müssen sie doch wieder mal feststellen, wie in dieser Stadt mit zweierlei Maß gemessen wird. Während man selbst die Saalburgstraße und erst recht die Tannenwaldallee „beruhigt“, beunruhigt man gezielt eine Wohnstraße unweit davon.

Warum berührt dies die AKT? Diese Aktivität der Stadtplaner offenbart gleichzeitig nicht nur den Wahnsinn dieser bürgerfeindlichen Maßnahme, sondern auch die Methode, mit der die Planokratie auch auf Umwegen hilft, den Widerstand gegen die beiden Großprojekte am „KT“ auszuhebeln. Diese Doppelzünnigkeit läßt sich an folgenden Fakten nachweisen:

1. Begründung der Ablehnung des Bauantrages der dänischen Investoren durch die Stadt vom 7.8.1990: „Die Erschließung, Zu- und Abfahrt sowie die Ver- und Entsorgung erfolgt über den Mariannenweg ... kann die Baugenehmigung erst erteilt werden, wenn von der Stadt ... die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitgestellt und der Ausbau des Kanalsystems sowie des Mariannenweges bis zur Inbetriebnahme des Kurhotels sichergestellt ist.“

(Anmerkung AKT: Inzwischen hat man die Kanalisation fertiggestellt und sich selbst, erst recht aber der AKT, einen Bärenienst erwiesen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt!)

2. Der Regierungspräsident bestätigt die Ablehnung des Bauantrages durch die Stadt am 30.1.1991 und weist den ergangenen Widerspruch des Investors u.a. mit folgenden Worten zurück:

„Daraus ergibt sich ein zwangsläufiger

fig erheblicher Zu- und Abfahrtsverkehr ... Dieser Besucherverkehr, der bei einem „Kurhotel“ in der Innenstadt ... durchaus hinnehmbar ist, kann für das Gebiet des „Kleinen Tannenwald“, dessen unmittelbare Umgebung von allgemeinen oder auch reinen Wohngebieten geprägt ist, nicht mehr als zumutbar gekennzeichnet werden.“ Und weiter: „Jedenfalls ist sicher, daß die Anwohner des Mariannenweges, die Neurologische Klinik, ... die Benutzer der Kleingartenanlage, aber auch die Anlieger des Mittelstedter Weges, des Leopoldswegs und möglicherweise auch das Gebiet des Landgraf-Philipp-Ring erheblich oder unzumutbar beeinträchtigt werden. Durch die Verkehrszunahme in dieser bislang weitgehend „verkehrsberuhigten“ Umgebung wäre für die Anwohner das planungsrechtliche Gebot der Rücksichtnahme eindeutig, erheblich und unzumutbar verletzt.“ – Soweit der RP.

Das muß man dreimal lesen und sich die Augen reiben, mit welcher Kalküllosigkeit unsere Planokratie sich über diese immerhin sachkundige und amtliche Feststellung hinwegsetzt.

Und jetzt bitte logisch mitdenken: Ein Hotel ist mit diesen Begründungen nicht genehmigungsfähig. Eine REHA-Klinik dazu, mit Kurzaufenthalt und permanentem Ambulanzverkehr, (schließlich nach einem möglichen Konkurs sehr schnell zum Hotel umgewidmet!) kann dann doch erst recht nicht genehmigungsfähig sein.

Wenn Sie sich in diesem Zusammenhang wundern, daß zwar der Regierungspräsident sich um die Belästigung der meist hirngeschädigten Patienten der Neurologischen Klinik sorgt, ihr Chefarzt bezüglich des Verkehrslärms unverständlicherweise jedoch nicht, müssen Sie dazu wissen, daß er der Dritte im Bunde der Belastungsträger für die dortigen Wohngebiete ist. Die Klinik plant, den Mariannenweg als Aus- und Einfahrt zu benutzen, weil sie ihre Bettenzahl verdoppeln und eine Wohnanlage für ihre Bediensteten erstellen will. Das paßt nicht zu den Anliegen der AKT. Man darf es unter diesen Umständen mit unserem Bauamt natürlich nicht verwechseln.

Was bleibt? – Die Bürger fragen sich konsterniert, wer in aller Welt, im Magistrat und in der verbliebenen Betonriege der Parteien kann diesen Wahnsinn fördern und verantworten?

„KORRUPTION IST DIE FACETTE DER MENSCHLICHEN NATUR“

So versuchte unser Landrat Jürgen Banzer Anfang März 1991 den Mitgliedern der Jungen Union Bad Homburgs mit treuherziger Offenheit das Unfaßliche faßbar zu machen. – Die gebeutelten Bürger der AKT sehen jedoch noch eine andere „Facette der menschlichen Natur“: die kaum faßbare **Grauzone vor der Korruption**, in der bekanntlich „eine Hand die andere wäscht“.

Wir haben keinen konkreten Anlaß, noch maßen wir es uns an, zu dem „moralischen Verfall“ bei einigen Parteipolitikern, Verwaltungsbeamten und ihren Partnern im Baugewerbe hier Stellung zu nehmen. Schon gar nicht vergessen wir die vielen Menschen, die sich in ihren Positionen aufopfern und untadelig verhalten.

Wenn jemand, wie die Bürger der AKT, in den letzten 2½ Jahren mit soviel Geheimdiplomatie, Fehlinformationen, Lügen, skandalträchtigen Entscheidungen und leidenschaftlichen Plädoyers für Baulöwen und Spekulanten konfrontiert wurde, so darf er sich erlauben, über die möglichen (Hinter-)Gründe öffentlicher Entscheidungen und Aussagen auch öffentlich nachzudenken.

Was uns dabei berührt, sind Erlebnisse, bei denen der Tatbestand der Korruption zwar nicht gegeben ist, aber eine nicht weniger bedenkliche Verfallserscheinung, eine Banzer'sche „Facette“ offenbar wird: die kaum markierbare Grauzone, in der sich, je nach Bedarf, verschiedene funktionale Zellen zu Brücken verdichten, über welche diese Personen oder jene Gruppen zu ihren besonderen Vorteilen gelangen.

Man könnte zur Beurteilung auch hier den alten weisen Richtersatz anwenden: „cui bono? = „wem nützt es?“. Oder an die alte Volksweisheit denken: „Sage mir, mit wem du gehst und ich sage dir, wer du bist“. So gesehen könnte man auch formulieren: Sage mir, wen du wohlwollend förderst und unterstützt und wen nicht, wen du rechtzeitig informierst und wen nicht, wo du ein Auge zudrückst und wo du den Mund aufmachst, wo du deinen Ermessensspielraum einseitig auslegst und wo nicht, wo du die Wertmaßstäbe unterschiedlich anlegst und ich sage dir, wem du eine Gefälligkeit schuldig bist.

Die Bürger können all dies nicht so kontrolliert sehen, schon gar nicht juristisch fassen. Sie können da nur vermuten, ahnen und fühlen. Was die „Meister der Grauzone“ dabei unterschät-

zen, ist die Tatsache, daß die Bürger auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr erfahrener, untrüglicher und sensibler geworden sind und sich in ihren Ahnungen leider oft bestätigt fühlen. – Den Rest der Überlegungen überlassen wir dem Leser.

„Besser es gibt Skandale, als daß die Wahrheit zu kurz kommt!“

Gregor der Große vor 1300 Jahren

SPRECHERAUSSCHUSS DER AKT

Die nachfolgend aufgeführten Mitbürger gehören zum aktiven Kern der „AKT“. Sie geben Auskünfte und nehmen Spenden entgegen:

Heike Bickel Mittelstedter Weg 3 Tel. 3 36 00	Wolf D. Griesch Mittelstedter Weg 4 Tel. 30 12 81
Gerhard Brenken Im Prinzen Garten 2 Tel. 3 39 11	Dr. M. Grosshauer Im Prinzen Garten 4 Tel. 3 86 31
Peter Cornelius Mariannenweg 46 Tel. 30 37 02	Regina Henze Leopoldsweg 19 Tel. 3 11 66
Inge Densch Brüningsstraße 38 Tel. 3 94 90	Robert Hoffmann Leopoldsweg 15b Tel. 3 53 06
Helga Dittrich Spandauer Weg 21 Tel. 30 11 23	Dr. Jörg Jaeckel Landgraf-Ph.-Ring 29 Tel. 3 98 98
Klaus Dunkel Mariannenweg 24 Tel. 30 17 54	Dr. Rolf Kaiser Mittelstedter Weg 1a Tel. 30 40 79
K. M. Eingärtner Landgraf-Ph.-Ring 17 Tel. 30 31 71	Hans-G. Köbrich Kreuzallee 13 Tel. 30 45 82
Dr. Klaus Engfer Mariannenweg 7 Tel. 069 – 2 01 86	Dux D. Neveling Landgraf-Ph.-Ring 5 Tel. 3 12 06
Horst Fritzel Im Prinzen Garten 11 Tel. 3 89 34	Eleonore Pichl Mittelstedter Weg 17 Tel. 3 64 05

IMPRESSUM

Der Tannenwald-Report erscheint nach Bedarf.

Verantwortlich: Karl M. Eingärtner
Landgraf-Philipp-Ring 17
6380 Bad Homburg

Satz und Druck:
Repro-Druck Bad Homburg

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erlaubt.